Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

NILS WÖRMER

August 2017

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

Rechte Ethnischer und Religiöser Minderheiten in Kurdistan-Irak

OPEN THINK TANK UND KAS VERANSTALTEN HOCHRANGIG BESETZTE KONFERENZ IN ERBIL MIT MINDERHEITENVERTRETERN

Der Norden Iraks, umschlossen von Syrien, Iran und der Türkei, ist die Heimat vieler ethnischer und religiöser Gruppen. Eine Vielzahl von ihnen lebt in der Autonomen Region Kurdistan (ARK). Mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Schutze der Minderheiten in Kurdistan durch das kurdische Regionalparlament im Jahr 2015 wurden die ethischen und religiösen Minderheiten zumindest rechtlich mit der kurdisch-muslimischen Mehrheitsgesellschaft gleichgestellt. Am 30. August 2017 veranstaltete der Open Think Tank (OTT) und das KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak in Erbil eine Konferenz, um über die tatsächliche Anwendung dieser Rechte in der ARK zu diskutieren. In drei hochrangig besetzten Podiumsdiskussionen befassten sich Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Aktivisten, Experten und Repräsentanten religiöser Minderheiten mit der Frage, welche Schritte notwendig sind, um ethnische und religiöse Minderheiten (1) im Parlament, (2) in Regierung und Administration und (3) in den zwischen irakischer Zentralregierung und der ARK umstrittenen Gebieten rechtlich zu schützen und politisch einzubinden.

Alle drei Podiumsdiskussionen stellten heraus, dass in der ARK bereits seit 1992, also seit der Wahl eines ersten von Bagdad weitestgehend unabhängigen Parlaments, die Bürgerrechte der nicht kurdisch-muslimischen Minderheiten respektiert wurden. Besonders in jüngerer Zeit konnten in der ARK neue Erfolge im Bereich des Minderheitenschutzes erzielt werden. Herausgehoben wurde dabei das 2015 vom kurdischen Parlament verabschiedete Gesetz zum Schutz der Minderheiten in Kurdistan (Gesetz Nr. 5 von 2015), das den in der ARK lebenden Minoritäten eine weiterreichende rechtliche Anerkennung gewährt.

Nichtsdestotrotz herrschte Einigkeit darüber, dass Verbesserungsbedarf bei der Anwendung der Rechte und bei der politischen Beteiligung von Minderheiten bestehe. Dies gelte sowohl auf legislativer Ebene, bei der Anerkennung der Minderheitenrechte, als auch bei der Einbindung ethnischer und religiöser Minderheiten in den politischen Entscheidungsprozess.

Das Gesetz zum Schutz der Minderheiten in Kurdistan von 2015 schaffe rechtliche Anerkennung und Schutz, umfasse aber nicht alle in der ARK lebenden Minderheiten zufriedenstellend. Zwar enthält Artikel 1 des Gesetzes Nr. 5 eine Generalklausel, die neben den namentlich aufgeführten ethnischen und religiösen Minderheiten auch „andere" mit einbezieht, doch wurde insbesondere in den Diskussionen mit dem Konferenzpublikum die Wichtigkeit betont, alle in der ARK lebenden Minderheiten namentlich aufzuführen. So merkte ein Konferenzteilnehmer aus dem Publikum an, dass die Bahai nicht in der Aufstellung der in der ARK lebenden religiösen Gruppen aufgeführt sind.

Um diesem und anderen Verbesserungsvorschlägen gerecht zu werden, sprachen sich die Diskutanten der ersten Podiumsdiskussion für eine Überarbeitung der bestehenden Gesetze aus. An der Diskussion, die von Hoshyar Malo von Kurdistan Human Rights Watch geleitet wurde, nahmen Kamal Yalda, chaldäisch-assyrisches Mitglied des kurdischen Parlaments, Mohammed Sadaddine, turkmenisches Mitglied des kurdischen Parlaments, Shamo Shekho Namo, ein jesidi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK
NILS WÖRMER

August 2017

www.kas.de
www.kas.de/syrien-irak

scher Parlamentarier, und Yerwant Amenian, armenisches Mitglied des kurdischen Parlaments, teil. Die Überarbeitung alter und die Schaffung neuer Gesetze solle dabei nicht nur die Rechte aller in der ARK lebenden Minderheiten anerkennen, sondern diese Minderheiten auch noch intensiver in den Gesetzgebungsprozess einbinden.

Auch in der Exekutive solle eine verstärkte Repräsentanz der ethnischen und religiösen Minderheiten geschaffen werden. Die vier Diskutanten der zweiten Podiumsdiskussion, geleitet von Prof. Dr. Mamo Othman von der Universität von Dohuk, machten deutlich, dass im Religionsministerium bereits wichtige Posten geschaffen seien, die es den Minderheiten ermöglichten, ihre Interessen wahrzunehmen. Das zeigte sich bereits an den Diskutanten selbst. So nahmen, neben dem Leiter für Öffentlichkeitsarbeit des Religionsministeriums, Mariwan Naqshabandi, auch der Generaldirektor für Angelegenheiten der Christen im Religionsministerium, Khalid Alber, und der Bildungsinspekteur für die assyrische Sprache, Nadir Moshi Murad, an der Diskussion teil.

Dennoch gäbe es auch hier Raum für Verbesserungen. Denn nicht immer sei gewährleistet, dass die bestehenden Minderheitsrechte auch tatsächlich umgesetzt werden. Der Grund dafür sei, dass gelegentlich die Parteipolitik über die Aufgaben des Ministeriums gestellt werde. So wurde argumentiert, dass beispielsweise durch die Administration Dokumente nicht ausgestellt worden seien, weil es sich um Verfahren mit Bezug zu Jesiden gehandelt habe. Weshalb auch die Frage gestellt wurde, warum der Ministerposten im Religionsministerium lediglich einem kurdischen Muslim vorbehalten sei. Dieses Amt könne beispielweise genauso gut auch von einem Jesiden oder einem Christen bekleidet werden. Entscheidend sei aber letztlich nicht so sehr die religiöse Identität eines Ministers oder seiner Stellvertreter, sondern die Notwendigkeit diese Ämter mit Leuten zu besetzen, die vorurteilsfrei und tolerant sind und an das Prinzip religiöser Koexistenz glauben.

Aus den ersten beiden Podiumsdiskussionen wurde deutlich, dass, trotz des Verbesserungsbedarfs, in der ARK bereits viel zum Schutz und zur Anerkennung der Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten getan wurde. Anders sehe das bei den ethnischen und religiösen Minderheiten außerhalb der ARK aus. Wie auch diese in den Genuss des Minderheitenschutzes kommen könnten, diskutierte das dritte Podium.

An der Diskussion, die von Dr. Abdulhakeem Khosro vom Institute for Research and Development-Kurdistan geleitet wurde, nahmen Viyan Dakhil, das einzige jesidische Mitglied des irakischen Parlaments, Dr. Vala Fareed, Mitglied des kurdischen Parlaments und Vorsitzende des Rechtsausschusses, und Dr. Mohammad Ihsan, ehemaliger Menschenrechtsminister der ARK, teil. Dabei ging es vornehmlich um die ethnischen und religiösen Minderheiten in den zwischen der ARK und der irakischen Zentralregierung umstrittenen Gebieten. Die dort lebenden Minderheiten sind unter dem Baath-Regime Saddam Husseins entmachtet worden und Opfer eines „Arabisierungsprogramms" geworden, das ihnen ihre kulturelle und ethnische Identität nehmen sollte.

Ein besonderes Augenmerk legte die dritte Podiumsdiskussion auf das Schicksal der Jesiden außerhalb der ARK, die im besonderen Maße unter den Gräueltaten des Islamischen Staates gelitten haben. So wies Viyan Dakhil darauf hin, dass gerade die südlich und nordwestlich der ARK gelegen Gebiete an wichtige Nachbarländer grenzen – Iran und Syrien – und folglich die Regionen strategische Bedeutung für den Irak haben. Allein aus diesem Grunde müsse den dort lebenden Minderheiten größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Diskutanten waren sich darüber einig, dass der effektive Schutz dieser Minderheiten und die Durchsetzung ihrer Bürgerrechte nicht davon abhängen dürfe, ob sie nun auf dem Gebiet der ARK lebten oder nicht.